



Lieblingsreiseziel für braune Erlebniskultur

Katharina König: Seit Jahren melden Neonazis in Thüringen große Rechtsrock-Festivals an

Mit über 3.500 Teilnehmern fand am 7. Mai in Hildburghausen das größte Neonazi-Konzert der letzten Jahre in Thüringen statt. „Das Bundesland gehört längst zum Lieblingsreiseziel der bundes- und europaweiten extrem rechten Szene für braune Hassmusik“, hatte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Landtag, erklärt.

Die Abgeordnete kritisierte, dass sowohl Stadt als auch Landkreis Hildburghausen nichts dagegen tun, dass die extrem rechte Szene die Südthüringer Region mittlerweile als Wohlfühloase betrachtet.

Katharina König weiter: „Seit Jahren melden Neonazis in Thüringen ihre großen Rechtsrock-Festivals unter dem Tarnmantel einer politischen Kundgebung an. Wenn wie in Hildburghausen die Teilnehmer monatelang im Vorfeld des Konzertes von den Veranstaltern aufgefordert werden, ihre 25 Euro Teilnahmebeitrag per Überweisung zu entrichten, um gültige Eintrittskarten per Post zu erhalten, sollte man darüber nachdenken, ob hier das Versammlungsrecht nicht derart stark untergraben wird, dass ein Schutz nach dem Versammlungsgesetz nicht längst verwirklicht wäre und damit auch die Notwendigkeit entfiel, den Neonazis städtische Flächen zu überlassen.“

Die Abgeordnete der Linksfraktion schätzte ein, dass mit dem Konzert in Hildburghausen und einer für den sel-

ben Tag kurzfristig organisierten Zweitveranstaltung von Organisator Tommy Frenck im benachbarten Kloster Veßra mit ca. 500 Teilnehmenden mindestens 100.000 Euro Umsatz durch und für die Neonazi-Szene gemacht wurde. „Die braune Erlebniskultur ist nicht nur eine Goldgrube für die Szene, sie führt junge Menschen noch stärker an sie heran und festigt neonazistische Ideologie. Vor allem aber schafft sie Angsträume, denen es entgegenzuwirken gilt“, sagte Katharina König.

Gegenentwurf zu rechtem Hass-Musikfestival: „Solibri Festival - Open Air for Open Hearts“

Eine Anfrage der LINKE-Bundestagsfraktion hatte ergeben, dass im vergangenen Jahr bundesweit 71 Rechtsrockkonzerte stattfanden, im ersten Quartal dieses Jahres zählte der Verfassungsschutz bereits 15. Dabei gilt Thüringen als eine der Konzert-Hochburgen.

Im Vorfeld hatten die Organisatoren des Neonazi-Konzertes in Hildburghausen die Stadt als „nationalbefreite Zone“ gefeiert, sowohl vor Ort als auch an Thüringer Autobahnraststätten war eine große Zahl gewaltbereiter Neonazis präsent. „Man will sich nicht ausmalen, was insbesondere in den Köpfen von traumatisierten geflüchteten Menschen in Hildburghausen vorgeht, die mit 3.500 Neonazis konfrontiert

werden.“ Die Landespolitikerin bedankte sich bei jenen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich auch um Geflüchtete an diesem Tag gekümmert hatten. Dass die Stadt nach dem Neonazi-Konzert von einem „schwarzen Tag“ gesprochen hatte, aber über Wochen hinweg den Gegenprotest mit massiven Auflagen, die den Protest verunmöglichen sollen, schikanierte „wirkt wie eine Heuchelei“, so die Abgeordnete.

Das am 14. Mai (nach Redaktionschluss) stattgefundene „Solibri Festival - Open Air for Open Hearts“ gegen jegliche Diskriminierung ist ein Gegenentwurf zu dem rechten Hass-Musikfestival, mit Rednern, Bands und ohne Eintritt. Aber der Hildburghäuser Oberbürgermeister hatte sich im Vorfeld geweigert, beispielsweise vorhandene Strom- und Wasseranschlüsse am Veranstaltungsort zur Verfügung zu stellen. „Die Stadt und der Landkreis Hildburghausen sollten froh und dankbar dafür sein, dass es Menschen in der Region gibt, die den Neonazis entgegenzutreten, sich für ein solidarisches Miteinander einsetzen und so eine Veranstaltung organisieren. Wenn Hildburghausen nicht die nächsten Jahre unwidersprochen zum jährlichen Pilgerort für Tausende Neonazis aus Europa werden möchte, sollten die Verwaltungsbehörden ihre Blockadehaltung gegenüber der Zivilgesellschaft sofort beenden und diese nicht als Feind sondern als Partner behandeln“, betonte Katharina König. ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Barrierefreiheit

Es reicht nicht, schöne Sonntagsreden zu halten, es braucht konkrete Maßnahmen, um die gesellschaftliche Inklusion und das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen. Daran hat auch wieder der europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen erinnert, der in diesem Jahr unter dem Motto „Einfach für alle – gemeinsam für eine barrierefreie Stadt“ stand. Trotz mancher Fortschritte auch in Thüringen gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Jede Kommune sollte einen Barrierefreiheitscheck machen und daraus Konsequenzen ziehen.

Doch so wichtig Barrierefreiheit für einen selbstbestimmten Alltag von Menschen mit Behinderungen ist, genauso wichtig ist die Möglichkeit, einen existenzsichernden Lebensunterhalt mit regulärer Arbeit verdienen zu können. Viele Menschen mit Behinderungen – gerade auch solche mit anerkannter Schwerbehinderung – sind sehr gut qualifiziert und hoch motiviert. Sie wären eine fachliche und menschliche Bereicherung. Durch Vorbehalte und Vorurteile zahlreicher Arbeitgeber und Personalchefs erhalten sie aber keine Chance auf eine reguläre Stelle.

Zum 30. April waren in Thüringen 5.718 Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung arbeitslos. Es werden wohl noch mehr sein, denn manche haben die Suche längst aufgegeben. Die Statistik zeigt aber auch, dass die Inklusions-Politik von Rot-Rot-Grün zu wirken beginnt, denn ein Jahr zuvor waren in Thüringen noch 6.370 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet. Die Koalition kann und muss auf dem eingeschlagenen Weg weitermachen.

Es muss selbstverständlich werden, dass behinderte Menschen arbeiten können, zu vergleichbaren Bedingungen wie Nichtbehinderte, und dass es Arbeitgeber nicht vorziehen, eine Schwerbehindertenabgabe zu zahlen. Möglichst zielgenaue Förder- und Unterstützungsprogramme sind wichtig, um Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Diese Programme müssen erhalten und ausgebaut werden, auch mit Blick darauf, dass das in Artikel 2 der Thüringer Landesverfassung zugunsten von Menschen mit Behinderungen verankerte Nachteilsausgleichsgebot solche Unterstützungsmaßnahmen verlangt. ■

AKTUELL

Steuermehreinnahmen für die Zukunftsvorsorge

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung am 10. Mai erklärte Mike Huster, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen ist eine Bestätigung des soliden finanzpolitischen Kurses der Landesregierung. Das zur Verfügung stehende Geld wird auch weiterhin für Zukunftsinvestitionen, für Bildung und Kultur, für eine verlässliche Finanzausstattung der Kommunen und für die notwendigen Reformschritte verwendet.“

Mike Huster wertete die Ergebnisse der Steuerschätzung als erfreulich für Thüringen und seine Kommunen. Andererseits mahnte er zur Beson-

nenheit. „Die finanzpolitischen Herausforderungen ab dem Jahr 2020 sind nicht vom Tisch. Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, das Auslaufen des Solidarpakts, die sinkenden EUMittel und vor allem die tendenziell weiter sinkenden Einwohnerzahlen sind Probleme, denen wir uns heute schon stellen müssen.“ Für die LINKE sei weiterhin eine Finanzpolitik notwendig, die sich durch eine gesunde Mischung aus Investitionen in die Zukunft und eine ausreichende Vorsorge auszeichne. Die guten Steuereinnahmen seien dabei „sehr hilfreich“.

Thüringen prognostiziert im laufenden Jahr zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 47 Millionen Euro. Insgesamt sind Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen in

Höhe von 6,859 Milliarden Euro im Jahr 2016 und 7,123 Milliarden Euro im Jahr 2017 zu erwarten. Diese werden bis zum Jahr 2020 auf schätzungsweise 7,602 Milliarden Euro ansteigen.

In der mittelfristigen Perspektive sinkt das Steuerplus stark. Im Jahr 2018 werden für Thüringen 20 Millionen Euro Mehreinnahmen, in 2019 sogar ein leichtes Minus von 10 Millionen Euro gegenüber der derzeitigen mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert.

Auch die Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen werden im Vergleich zur Novembersteuerschätzung 2015 weiter ansteigen – von 1,491 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 1,593 Milliarden Euro im Jahr 2017. Im Endjahr der Schätzung 2020 werden die kommunalen Steuereinnahmen voraussichtlich 1,750 Milliarden Euro betragen. ■